

N i e d e r s c h r i f t

über die 22. - öffentliche - Sitzung

des Unterausschusses „Verbraucherschutz“

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

am 20. November 2024

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir: Alltagskompetenzen junger Menschen durch schulische Bildungsangebote stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5649](#)

Beginn der vorbereitenden Beratung 4

Verfahrensfragen..... 5

2. **Antrag auf Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz zum Thema „Schutz von Internet-Nutzerinnen und -Nutzern vor Tracking“**

Beschluss über den Antrag 6

3. **Terminangelegenheiten**

Parlamentarische Informationsreise nach Rom und Südtirol im Oktober 2025 7

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Stefan Klein (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
4. Abg. Oliver Lottke (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
5. Abg. Andrea Prell (SPD)
6. Abg. Karin Logemann (i. V. d. Abg. Dennis True) (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
7. Abg. Veronika Bode (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
8. Abg. Birgit Butter (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
9. Abg. Katharina Jensen (CDU)
10. Abg. Verena Kämmerling (CDU) per Videokonferenztechnik zugeschaltet,
11. Abg. Dirk Toepffer (CDU)
12. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
13. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
14. Abg. Alfred Dannenberg (AfD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Als ZuhörerIn oder Zuhörer (§ 94 GO LT):

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 11:01 Uhr bis 11:16 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Unterausschuss** billigt die Niederschriften über die 17. und 18. Sitzung sowie über die 20. Sitzung und über die 21. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir: Alltagskompetenzen junger Menschen durch schulische Bildungsangebote stärken!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5649](#)

direkt überwiesen am 30.10.2024

federführend: AfELuV,

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAVerbrSch;

mitberatend: KultA

Beginn der vorbereitenden Beratung

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) erläutert die Grundzüge des Antrages im Sinne des Entschließungstextes und der Begründung des Antrages. Im Zusammenhang mit dem Thema Verschuldung/Überschuldung sowie dem Thema Sucht erinnert die Abgeordnete an die Anhörung, die der Ausschuss in seiner 20. Sitzung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen „Von Lootboxen zu problematischem Glücksspiel? Jugendschutz und Suchtprävention konsequent umsetzen und simuliertes Glücksspiel regulieren“ in der Drucksache 19/4263 durchgeführt hatte.

Sie betont, der CDU-Fraktion gehe es darum, dass im Zusammenhang mit diesem Antrag auch der Schulbereich in den Blick genommen werde. Hierbei gehe es unter anderem um die Qualität der Schulverpflegung und um eine Bestandsaufnahme der Ausstattung der Schulen mit Einrichtungen, in denen alltagspraktisches Wissen vermittelt werde, und hierbei insbesondere auch um den Ganztagsbereich. In die Beratungen sollten die Verbraucherzentrale und auch die Landfrauen eingebunden werden.

Die Abgeordnete beantragt, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten. Die CDU-Fraktion lege Wert darauf, so die Abgeordnete, dass im Rahmen dieser Unterrichtung auch auf die in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums fallenden Aspekte eingegangen werde.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) unterstreicht, bei dem Antrag gehe es um eine Reihe von Fragen, die auch für die SPD-Fraktion von größtem Interesse seien. Die SPD-Fraktion sei dankbar dafür, dass der Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Kultusausschuss überwiesen worden sei.

Der Abgeordnete schließt sich dem Antrag an, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten. Er gehe davon aus, so der Abgeordnete, dass die Landesregierung auch dem Aspekt der Suchtproblematik, soweit dieser in dem Antrag angesprochen werde, im Rahmen der Unterrichtung Rechnung tragen werde.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) schließt sich ebenfalls der Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung an.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) merkt an, dass er den Antrag der Fraktion der CDU für sehr interessant und auch unterstützenswert halte.

Er fährt fort, einige Punkte des Antrages würden bereits durch die Praxis abgedeckt. So laufe, was die Vermittlung von Alltagskompetenzen betreffe, bereits einiges an den Schulen. Von daher sei er sehr gespannt auf die Unterrichtung durch die Landesregierung und insbesondere auf Informationen zu der Frage, wo Bedarf zum Nachjustieren gegenüber den bestehenden curricularen Vorgaben bestehe.

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag. Er legt Wert darauf, dass insbesondere auch auf die in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums fallenden Aspekte eingegangen wird, und bittet darum, dass während der Unterrichtung nach Möglichkeit auch eine Vertreterin/ein Vertreter des Kultusministeriums zugegen ist.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag auf Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz zum Thema „Schutz von Internet-Nutzerinnen und -Nutzern vor Tracking“

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) hatte mit Schreiben vom 14. November 2024 im Namen der CDU-Fraktion eine Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz zum Thema „Schutz von Internet-Nutzerinnen und -Nutzern vor Tracking“ beantragt.

Die Abgeordnete erläutert den Unterrichtungswunsch im Sinne des Antrages vom 14. November 2024.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD) merkt an, im digitalen Raum werde häufig die Auffassung vertreten, dass Apple-Nutzern im Internet die gleichen Produkte zu höheren Beträgen angeboten würden als etwa Android-Nutzern.

Der Abgeordnete schlägt vor, nicht nur den Landesbeauftragten für den Datenschutz, sondern auch das Innenministerium um Unterrichtung zu bitten.

Beschluss über den Antrag

Der **Unterausschuss** schließt sich einvernehmlich dem Antrag auf Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz an. Er bittet außerdem die Landesregierung, im Rahmen der Unterrichtung insbesondere aus der Sicht des Innenministeriums zu dem Thema Stellung zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 3:

Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Rom und Südtirol im Oktober 2025

Der **Unterausschuss** verständigt sich darauf, dass der Vorsitzende gemeinsam mit der Sprecherin und den Sprechern der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung in den nächsten Tagen Einzelheiten der Informationsreise erörtert und hierbei insbesondere festlegt, wie die An- und Rückreise erfolgen soll.
